

Anlage 4

SCHIEDSGERICHTSORDNUNG

DES INTERNATIONALEN SCHIEDSGERICHTS FÜR OBST UND GEMÜSE

Beschluss der Generalversammlung vom 30. Mai 1997

Tritt in Kraft am 01. Juni 1997

V O R W O R T

Das Internationale Schiedsgericht für Obst und Gemüse bezweckt mit geringem Kostenaufwand die schnelle und sachkundige Erledigung von Streitfällen, die beim Handel mit frischen, getrockneten und verarbeiteten oder tiefgefrorenen (Entscheidung vom 23.12.82 des Schiedsgerichts) Gartenbauerzeugnissen entstehen.

Artikel 1

- a) Das Internationale Schiedsgericht für Obst und Gemüse hat seinen legalen Sitz in STRASBOURG/FRANKREICH. Die vom Schiedsgericht gefällten Schiedssprüche gelten als am Hauptsitz in Straßburg gefällt, wo immer die Sitzungen stattfinden.

Seine Geschäftsstelle ist derzeit an folgender Anschrift angesiedelt:
Chambre Arbitrale Internationale pour les Fruits et Légumes
Schedestr. 11
53113 Bonn

- b) Es steht unter der Leitung eines Präsidenten und eines Vizepräsidenten, die von dem Vorstand der Vereinigung des Internationalen Schiedsgerichts, laut Artikel 11 der Statuten der Vereinigung des Schiedsgerichts, ernannt werden. Der Präsident des Schiedsgerichts ernennt ebenso den Generalsekretär.
- c) Der Generalsekretär des Schiedsgerichts bearbeitet alle Streitfälle, die ihm aus den Mitgliedstaaten der EU oder aus anderen Staaten vorgelegt werden.

Artikel 2

Das Schiedsgericht hat derzeit seine Geschäftsstelle nach Bonn verlegt, wo auch die Sitzungen stattfinden. Trotzdem kann das Schiedsgericht seine Sitzungen in jeder anderen Stadt anberaumen, so namentlich im Lande der Beklagten. Die Parteien können diesbezüglich Vorschläge machen; in diesem Fall muss die Partei, die gefordert hat, dass das Schiedsgericht in einer anderen Stadt tagt, die Tagungskosten des Schiedsgerichts tragen.

Artikel 3

Es wird eine Schiedsrichterliste aufgestellt. Die nationalen Verbände ernennen für jedes Land 10 bis 30 Schiedsrichter.

Artikel 4

Der Präsident des Schiedsgerichts erledigt sämtliche Verwaltungsangelegenheiten des Schiedsgerichts, gemäß der Schiedsgerichtsordnung. Im Verhinderungsfalle kann er durch den Vizepräsidenten vertreten werden. Der Präsident kann seine Befugnisse dem Generalsekretär des Schiedsgerichts übertragen.

Artikel 5

Die Verbände, die Schiedsrichter ernennen, können Schiedsrichter, die sich grobe Verletzungen ihrer Amtspflicht haben zuschulden kommen lassen, aus der Liste streichen.

Artikel 6

- In erster Instanz setzt sich das Schiedsgericht aus drei Schiedsrichtern zusammen. Schiedsrichter und Obmann sind aus der Schiedsrichterliste zu entnehmen. Jedoch kann der Präsident, wenn er es für zweckmäßig hält, auch Schiedsrichter ernennen, die nicht in der Liste enthalten sind.
- Wenn der Streitwert 10.000 ECU nicht übersteigt, so entscheidet ein Einzelschiedsrichter.
- Die Schiedsrichter sind verpflichtet, den übertragenen Auftrag zu erfüllen, es sei denn, dass auf ihren Antrag der Präsident des Schiedsgerichts sie davon rechtzeitig entbindet und einen Stellvertreter ernennt.
- Erscheint ein Schiedsrichter nicht zum festgesetzten Termin, so kann der Obmann einen anderen Schiedsrichter hinzuziehen, gegebenenfalls kann dies auch eine Person sein, die nicht der Schiedsrichterliste angehört.
- Erfolgt im Laufe des Verfahrens ein Wechsel in der Zusammensetzung des Schiedsgerichts, bedarf es einer schriftlichen Benachrichtigung der Parteien durch das Schiedsgericht.

Artikel 7

Ein Schiedsrichter kann aus denselben Gründen und unter denselben Voraussetzungen wie ein Richter abgelehnt werden. Er darf namentlich weder mit den Parteien verwandt oder verschwägert noch am Ausgang des Rechtsstreits direkt oder indirekt interessiert sein.

Das Ablehnungsgesuch ist unverzüglich nach Zustellung der Besetzung des Schiedsgerichts dem Sekretariat des Schiedsgerichts bekannt zu geben.

Artikel 8

Das Schiedsgericht ist zuständig:

- zur Entscheidung von Streitigkeiten, die aus einem Handelsvertrag entstehen, der ausdrücklich seine Zuständigkeit vorsieht,
- bei Streitigkeiten, die durch Willensvereinbarung beider Parteien dem Schiedsgericht unterbreitet werden.

Artikel 9

Das Schiedsgericht entscheidet in jedem einzelnen Fall selbst, ob die Voraussetzungen seiner Zuständigkeit vorliegen. Es kann vor Beginn der Verhandlung von den Parteien die Unterzeichnung eines Schiedsvertrages verlangen. Wenn eine Partei die Unterzeichnung verweigert, so kann das Gericht trotzdem rechtsgültig entscheiden, vorausgesetzt, dass die Streitsache unter die in Artikel 8 Abs. 1 erwähnte Kategorie fällt.

Artikel 10

Besteht keine besondere Vereinbarung zwischen den Parteien über das Verfahren, so wird dasselbe von den Schiedsrichtern nach freiem Ermessen bestimmt. Durch die Anerkennung der Zuständigkeit des Schiedsgerichts verzichten die Parteien auf die Möglichkeit, an einem ordentlichen Gericht Berufung einzulegen.

Artikel 11

Der Antrag auf schiedsgerichtliche Entscheidung ist schriftlich in fünffacher Ausfertigung an das Sekretariat des Schiedsgerichts zu richten. Die Geschäftsstelle benachrichtigt hiervon sofort den Präsidenten des Schiedsgerichts.

- a) eine kurze Darlegung des tatsächlichen Klagegrundes unter Beifügung schriftlicher Belege;
- b) die Angabe etwaiger Beweismittel;
- c) die genaue Bezeichnung des Anspruchs, welchen der Kläger gegen den Beklagten geltend macht.

Sobald eine Klage eingegangen ist, fordert der Generalsekretär des Schiedsgerichts vom Kläger die laut Artikel 32 angemessenen Schiedsgerichtskosten.

Artikel 12

Erhebt die Beklagte eine Widerklage, so werden Schiedsgerichtskosten laut Artikel 32 erhoben.

Artikel 13

Nach Einzahlung des vorgeschriebenen Kostenvorschusses durch den Kläger stellt das Sekretariat die Klage dem Gegner durch Einschreibebrief zu.

Die Beklagte wird aufgefordert, sich innerhalb von 4 Wochen oder innerhalb einer vom Präsidenten gestellten Frist zu dem Vorbringen des Klägers zu äußern, sowie die zur Aufklärung des Sachverhalts erforderlichen Zeugen und Sachverständigen zu benennen, die Urkunden und sonstigen Belege beizubringen und seinen Antrag zu stellen.

Parteienschriftsätze und Unterlagen sollen in fünffacher Ausfertigung eingereicht werden.

Kommt die beklagte Partei dieser Aufforderung innerhalb der gesetzten Frist nicht nach, so kann das Schiedsgericht nach Lage der Akten entscheiden (Artikel 16).

Nach Empfang der Klageerwidderung bzw. nach Ablauf der für die Klageerwidderung bestimmten Frist werden die Parteien durch Einschreibebrief zu einer Sitzung geladen.

Artikel 14

Ein einmaliger Vertagungsantrag kann durch beide Parteien, ob Kläger oder Beklagter, beim Sekretariat des Schiedsgerichts gestellt werden. Dem Präsidenten steht die Entscheidung zu. Eine weitere Vertagung kann durch den Präsidenten nur bewilligt werden, wenn beide Parteien sich damit einverstanden erklären. Sofern die Schiedsrichter nicht spätestens 3 Tage vor dem Verhandlungstermin von der Vertagung benachrichtigt werden konnten, gehen die ihnen entstandenen Auslagen zu Lasten der Partei, welche die Vertagung beantragt hat.

Artikel 15

Das Schiedsgericht hört in mündlicher Verhandlung beide Parteien an, um das dem Streitfall zugrunde liegende Sachverhältnis zu ermitteln. Die Parteien sollen möglichst persönlich erscheinen, können sich jedoch durch Bevollmächtigte vertreten lassen, die sich durch schriftliche Vollmacht auszuweisen haben. Wird eine Partei durch einen Rechtsanwalt vertreten, so muss keine Vollmacht vorgelegt werden. Bei Verzicht auf die Vertretung durch einen Bevollmächtigten können die Parteien auch ihre Rechte durch die Einreichung eines Schriftsatzes geltend machen.

Artikel 16

Erscheinen die Parteien oder eine der Parteien nicht zum Termin, obwohl sie ordnungsgemäß vorgeladen wurden, so entscheidet das Schiedsgericht anhand der Belege.

Artikel 17

Das Schiedsgericht kann Zeugen und Sachverständige vernehmen. Es kann ferner zur Feststellung der Beschaffenheit und Qualität der strittigen Waren diejenigen Untersuchungen und Proben anordnen, überhaupt alle Maßnahmen ergreifen, welche es zur Klarstellung des Sachverhaltes für erforderlich hält.

Artikel 18

Das Schiedsgericht hat zuerst einen gütlichen Vergleich anzustreben. Kommt ein Vergleich zustande, so ist das aufzustellende Protokoll von den Parteien und dem Obmann zu unterschreiben. Kann eine Einigung auf gütlichem Wege nicht erzielt werden, so fällen die Schiedsrichter ihr Urteil.

Artikel 19

Das Schiedsgericht entscheidet mit einfacher Stimmenmehrheit.

Artikel 20

Der Schiedsspruch muss enthalten:

- a) Name, Stand oder Gewerbe und Wohnort der Parteien
- b) die Namen der Schiedsrichter, die bei der Entscheidung mitgewirkt haben, sowie den Tag der Entscheidung;
- c) die Entscheidungsgründe;
- d) die ergangene Entscheidung über die Streitigkeit und über die Verteilung der Kosten.

Artikel 21

Die Parteien können die vorläufige Vollstreckung des Schiedsspruches beim Schiedsgericht beantragen, auch wenn Einspruch oder Berufung vor dem Oberschiedsgericht erhoben wird.

Artikel 22

Der Schiedsspruch ist zu datieren und von allen Schiedsrichtern zu unterschreiben. Eine unterschriebene Ausfertigung wird beiden Parteien durch Einschreibebrief mit Empfangsbestätigung zugestellt. Die Niederlegung bei der Geschäftsstelle des zuständigen Gerichts findet nur auf Antrag der Parteien statt, die Vollstreckung des Urteils beabsichtigen.

GEWÄHRLEISTUNGSKLAGE

Artikel 23

Eine Partei, die einen Anspruch auf Gewährleistung oder Schadloshaltung gegen einen Dritten zu erheben sich berechtigt glaubt, kann dem Dritten den Streit verkünden. Der Dritte ist zu einer weiteren Streitverkündung berechtigt.

Wenn der Dritte in den Streit eintritt, so kann das Schiedsgericht in demselben Schiedsspruch zugleich über die Hauptklage und die Streitverkündung mitentscheiden.

EILVERFAHREN

Artikel 24

Folgende Streitsachen können als dringlich erklärt werden:

1. Streitigkeiten betr. Waren, die verderblich oder atmosphärischen Einflüssen gegenüber empfindlich sind;
2. Streitigkeiten betr. Waren, die plötzlichen Kursschwankungen unterliegen oder Standgeld oder Lagerungskosten verursachen;
3. Klagen gegen einen Schuldner, dessen Zahlungsunfähigkeit vermutet wird;
4. Klagen, die ihrer Natur nach eine rasche Lösung erfordern.

Artikel 25

Der Dringlichkeitsantrag ist durch den Kläger unter Angabe der Gründe beim Präsidenten des Schiedsgerichts einzureichen, dem die Entscheidung darüber zusteht.

Artikel 26

Der erste Verhandlungstermin einer Streitsache, die auf Antrag durch den Präsidenten als dringlich erklärt wurde, hat innerhalb von 15 Tagen nach der Dringlichkeitserklärung stattzufinden. Dieser Termin kann verlängert werden um 15 Tage, wenn eine der Parteien außerhalb Europas wohnt.

Die Ladung der Parteien hat durch Einschreibenbrief mit Empfangsbestätigung oder durch Eilboten mit Empfangsbestätigung zu erfolgen.

Artikel 27

Die Mehrkosten des Eilverfahrens fallen dem Antragsteller zur Last, wenn das Schiedsgericht die Feststellung macht, dass der Dringlichkeitsantrag zu Unrecht erfolgt ist.

BERUFUNG

Artikel 28

Die Parteien haben das Recht, gegen den Schiedsspruch erster Instanz beim Oberschiedsgericht Berufung einzulegen. Die Berufung erfolgt durch Hauptberufung oder durch Anschlussberufung.

Artikel 29

Das Oberschiedsgericht besteht aus fünf Schiedsrichtern, die gleichzeitig mit fünf Ersatzschiedsrichtern vom Präsidenten des Schiedsgerichts in jedem einzelnen Falle aus der Liste oder außer der Liste ernannt werden. Das Oberschiedsgericht besteht jedoch nur aus drei aus der Liste zu entnehmenden Schiedsrichtern, wenn in erster Instanz nur ein Einzelschiedsrichter ein Urteil gefällt hat.

Die Schiedsrichter, die den Schiedsspruch in I. Instanz gefällt haben, sind von der Tätigkeit als Oberschiedsrichter in derselben Streitsache ausgeschlossen.

Artikel 30

Die Hauptberufung an das Oberschiedsgericht erfolgt durch schriftlichen Antrag an die Geschäftsstelle innerhalb einer Frist von 15 Tagen, vom Zustellungstag an gerechnet, durch Einschreibebrief. Legt eine Partei Berufung ein, so gibt die Geschäftsstelle unverzüglich der anderen Partei davon Kenntnis. Die andere Partei hat nach Kenntnisnahme ebenfalls das Recht einer Berufung innerhalb von 15 Tagen.

Artikel 31

Auf das Verfahren vor dem Oberschiedsgericht finden die Bestimmungen der Artikel 6,7,12 bis 21 und 23 entsprechende Anwendung unter Berücksichtigung der Bestimmungen des Artikels 29 (Ernennung der Schiedsrichter).

KOSTEN

Artikel 32

1) Die an die Schiedsgerichtskammer zu zahlenden Kosten des Verfahrens werden wie folgt zusammengestellt:

- a) zur Anrufung des Schiedsgerichtes werden 2.000 FF berechnet
- b) eine Pauschalsumme von 5.000 FF wird in allen Fällen berechnet, zuzüglich 10 % als Gebühren des Streitwertes bis zu 1 Million FF
zzgl. 5 % als Gebühren des Streitwertes über 1 Million FF

2) Im Eilverfahren erhöhen sich die Gebühren um 100 %.

3) Im Berufungsverfahren erhöhen sich die Gebühren um 50 %.

Artikel 33

Wird eine Sache durch Vergleich erledigt, so sind die entstandenen Kosten, sofern nichts anderes bestimmt ist, von jeder Partei zur Hälfte zu tragen.

Artikel 34

Wird ein Klageantrag vor der Verhandlung zurückgezogen, so hat der Antragsteller 1/3 der festgesetzten Gebühren zu zahlen sowie die Auslagen der Schiedsrichter, wenn diese nicht 10 Tage vor dem Verhandlungstermin von der Zurückziehung der Klage verständigt werden konnten.

Wird der Klageantrag 10 Tage vor der Verhandlung zurückgezogen, so werden keine Gebühren zurückerstattet.

Artikel 35

Wenn die Erledigung einer Streitsache durch Verschulden einer Partei verzögert wird, so fallen die Kosten der Vertagung und der Festsetzung eines neuen Termins der hierfür verantwortlichen Partei zur Last.

Artikel 36

Sofern der Schiedsspruch nichts anders bestimmt, sind die Kosten von der unterliegenden Partei zu tragen.

Artikel 37

Jeder Antragsteller haftet dem Schiedsgericht für die Kosten und hat sie gemäß Artikel 32 zu hinterlegen. Die Zahlung hat zu erfolgen:

- a) im Eilverfahren
 - 1. in der ersten Instanz sofort nach Zahlungsaufforderung
 - 2. in der Berufungsinstanz: innerhalb von 10 Werktagen nach der Zahlungsaufforderung.
- b) im gewöhnlichen Verfahren:
 - 1. in der ersten Instanz: innerhalb von 15 Tagen nach der Zahlungsaufforderung
 - 2. im Berufungsverfahren: innerhalb von 10 Tagen nach obiger Mitteilung.

Erfolgt die Zahlung nicht innerhalb dieser Fristen, so gilt die Klage oder die Berufung als zurückgezogen.

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 38

Die in der Schiedsgerichtsordnung vorgesehen Termine werden jeweils um einen Tag verlängert, wenn sie an einem Sonntag oder an einem gesetzlichen Feiertag ablaufen.

Artikel 39

Alle dem Schiedsgericht unterbreiteten Streitfälle sind durch die Geschäftsstelle in ein fortlaufend geführtes Register einzutragen.